



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

18. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

20. Februar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Referat III.1

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

3

Im Einvernehmen mit allen Fraktionen wird der Tagesordnungspunkt 3 **Unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung zum 01.01.2024** abgesetzt. Die Beratungen sollen in der Sitzung am 12.03.2024 erfolgen.

- 1 Entscheidung über rund 85.000 Besoldungswidersprüche in Nordrhein-Westfalen - Landesregierung muss mit Musterverfahren einer drohenden Klagewelle vorbeugen und zeitnah die amtsangemessene Alimentation von Bediensteten überprüfen**

4

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6368

Ausschussprotokoll 18/480

¹ vertraulicher Teil mit TOP 7 siehe vAPr 18/51

Im Ergebnis **empfiehlt** der Unterausschuss Personal dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP, der SPD und der AfD, den Antrag **abzulehnen**.

- | | | |
|----------|--|----------|
| 2 | Bericht gemäß § 6 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen - PFoG) für das Jahr 2022 | 5 |
| | Vorlage 18/1965 | |
| 3 | Unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung zum 01.01.2024 | 6 |
| | Vorlage 18/2244 | |
| 4 | Umsetzung der Inflationsausgleichsprämie bei teilzeitbeschäftigten Ruheständlern | 7 |
| | Vorlage 18/2249 | |
| 5 | Überstundenverfall bei der Polizei bis zum 31.12.2023 | 8 |
| | Vorlage 18/2269 | |
| 6 | Verschiedenes | 9 |

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Im Einvernehmen mit allen Fraktionen wird der Tagesordnungspunkt 3 **Unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung zum 01.01.2024** abgesetzt. Die Beratungen sollen in der Sitzung am 12.03.2024 erfolgen.

1 Entscheidung über rund 85.000 Besoldungswidersprüche in Nordrhein-Westfalen - Landesregierung muss mit Musterverfahren einer drohenden Klagewelle vorbeugen und zeitnah die amtsangemessene Alimentation von Bediensteten überprüfen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6368

Ausschussprotokoll 18/480

Der Antrag in Drucksache 18/6368 wurde vom Plenum am 25.10.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal und an den Rechtsausschuss überwiesen.

In der abschließenden Beratung wirbt **Ralf Witzel** namens der FDP-Fraktion unverändert um Zustimmung zu diesem Antrag.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) greift die Anregung aus der Anhörung eines Sachverständigen auf, die Überprüfung der Besoldung zu institutionalisieren und dieses Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen zu behandeln.

Im Ergebnis **empfiehlt** der Unterausschuss Personal dem Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP, der SPD und der AfD, den Antrag **abzulehnen**.

2 Bericht gemäß § 6 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen - PFoG) für das Jahr 2022

Vorlage 18/1965

Simon Rock (GRÜNE) bittet um Bezifferung des Vermögens des Pensionsfonds für das Jahr 2023.

Dr. Hartmut Beucker (AfD) bittet, „Aktivitäten mit umstrittenen Waffen“ zu definieren und darzustellen, um welche Waffen es sich handeln würde.

Laut **MR Andreas Becker (FM)** betrage der Wert des Pensionsfonds zum 31.12.2023 rund 14,7 Mrd. Euro.

Hinsichtlich der Nachfrage von Dr. Beucker MdL gebe es offizielle Abgrenzungen. Das Land NRW und vier weitere Länder haben ihre Aktienindizes von der Firma Stoxx, einen Tochterunternehmen der Deutschen Börse AG, entwickeln lassen. Hierbei werde die Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt (bestimmte Ausschlusskriterien). Bei umstrittenen Waffen spreche man beispielsweise von Streubomben, Landminen etc.

3 Unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung zum 01.01.2024

Vorlage 18/2244

Wird heute nicht behandelt (s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“).

4 Umsetzung der Inflationsausgleichsprämie bei teilzeitbeschäftigten Ruheständlern

Vorlage 18/2249

Ralf Witzel (FDP) nimmt zur Kenntnis, dass der letzte Absatz der Vorlage eine gute und richtige Entscheidung sei.

Weiterhin interessiere ihn das Verfahren hinsichtlich der Zahlungen sowie die Fallzahlen.

Gemäß **MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM)** sei man noch im Gesetzgebungsverfahren (Gewährung von Sonderzahlungen ... - vgl. Drucksache 18/7986). Das Ministerium der Finanzen müsse den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens abwarten. Zurzeit leiste man Abschlagszahlungen im Vorgriff auf die Verabschiedung des Gesetzes.

Sollten noch Ansprüche auf weitergehende Zahlungen von Betroffenen bestehen, werde das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV NRW) voraussichtlich eine entsprechende Information auf seiner Homepage veröffentlichen. Hinsichtlich der Frage, ob jede und jeder Einzelne, bei der/dem die Fallkonstellation eintritt, vom Ministerium der Finanzen angeschrieben werde, könne noch keine abschließende Aussage getroffen werden. Hier seien möglicherweise die Betroffenen in der Holschuld, sich entsprechend zu informieren. Schlussendlich sei man jedoch noch in der Erörterung dazu. Es handelt sich um etwa 2000 Fälle.

5 Überstundenverfall bei der Polizei bis zum 31.12.2023

Vorlage 18/2269

Laut **LPD Markus Henkel (IM)** sei das Kernproblem bei der Angelegenheit, dass im Bereich der Polizei kein landeszentrales Zeiterfassungssystem existiere. Dieser Umstand sei auch die Kritik des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen (LRH NRW)¹.

Gemäß **LPD Markus Henkel (IM)** müsse man bei der Zusammenstellung dieser Daten auf viele unterschiedliche Systeme der einzelnen Behörden zurückgreifen. Das Ministerium des Innern (IM) habe für diese Klärung das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten bei der Polizei Nordrhein-Westfalen (LAFP NRW) beauftragt, bis Mitte März 2024 zu den Mehrarbeitsbeständen, ggf. verjährten Mehrarbeitsstunden, sowie der davon betroffenen Anzahl an Personen zu berichten. Das IM sei zuversichtlich, danach die vollständigen und bereinigten Zahlen - auch in der Detailtiefe -, wie sie angefragt worden seien, übermitteln zu können.

Ralf Witzel (FDP) regt an, die Beratung dieses Themas in der Sitzung am 12.03.2024 fortzusetzen.

¹ Vgl. Drucksache 18/839 Jahresbericht 2022 des LRH NRW über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2021 - *Nachlässiger Umgang mit der Mehrarbeit und Arbeitszeiterfassung bei der Polizei*

6 Verschiedenes

Keine Wortbeiträge.

gez. Carolin Kirsch
Vorsitzende

27.02.2024/04.03.2024